

2338/AB XXI.GP

Eingelangt am: 19.06.2001

BUNDESMINISTERIUM für
WIRTSCHAFT und ARBEIT

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 2453/J betreffend neue Maßnahmen der Regierung gegen die Schwarzarbeit, welche die Abgeordneten Franz Riepl und Genossen am 11. Mai 2001 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 4 der Anfrage:

Vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit wurde keine Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Schwarzarbeit im Sinne der Anfrage ins Leben gerufen.

Antwort zu Punkt 5 der Anfrage:

Aufgrund der dringend erforderlichen Budgetsanierung und den daraus resultierenden zwingenden Vorgaben zur Personalreduktion in der öffentlichen Verwaltung ist eine Aufstockung der Planstellen im Bundesdienst derzeit ausgeschlossen.

Antwort zu den Punkten 6 und 7 der Anfrage:

Im Jahr 2000 wurden von den Arbeitsinspektoraten insgesamt 13.211 Betriebe und Baustellen auf illegale Ausländerbeschäftigung kontrolliert. Dabei wurden bei insgesamt 1.425 Betrieben Verstöße nach dem AuslBG festgestellt und insgesamt 1.861 Strafanzeigen erstattet.

Insgesamt wurden 2.881 illegal beschäftigte ausländische Arbeitskräfte angetroffen.